Berliner Tageblatt

V. Jahrg. Nr. 47

21. November 1916

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

Erscheint jeden Mittwoch. Man abonniert bei allen Postanstalten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reiches, den Postanstalten in China, Konstantinopel und der Levante, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, der dänischen Antillen, Schwedens, Norwegens, der Donaustaaten, Chiles, Uruguays zum Preise von 4,50 M. vierteljährlich exklusive Postaufschlag; für alle übrigen Staaten nur unter Kreuzband durch den Verlag, Berlin SW. 2 M. monatlich inklusive Porto, frei ins Haus.

Zeilenpreis 75 Pf. Alleinige Anzeigen-Annahme: Annoncen-Expedit. Rudolf Mosse, Berlin SW. Jerusalemer Str. 46/49, Breslau, Schweidnitzer Str. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstr. 20/22, Frankfurt a. M., Zeil 123, Hamburg, Jungfernstieg 1/2, Köln a. Rh., Hohe Str. 94, Leipzig, Grimmaische Str. 27, Magdeburg, Breiteweg 12, Mannheim, Planken O 4, 6, München, Theatinerstr. 8, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Graben 6, Strassburg i. E., Alter Weinmarktpl. 1, Stuttgart, Königsstr. 31 B, Wien I, Seilerstätte 2, Warschau, Marschalkowska 124, Basel, Aeschenvorstadt 50, Zürich, Limmatquai 34. – Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin.

Neue Fortschritte an der rumänischen Front

Die politische Lage.

Von

Josef Schwab.

Die Mobilmachung der Heimarmee. – Zivildienstpflicht, nicht Arbeitszwang. – Einmütige Bereitschaft. – Hindenburgs Brief für die Arbeiter. – Landtag und Polenmanifest. – Die russische Protestkundgebung. – Die Kriegslage. – Der kommende Tag der Erkenntnis.

Wenn man irgendeine der im Interesse unserer Kriegführung getroffenen Massnahmen vor allem an dem Eindruck bewerten darf, den sie auf den Feind macht, dann hat unsere Regierung mit dem Entschluss zur Mobilmachung der Heimarmee einen Schritt von der allergrössten Bedeutung in Aussicht genommen. In Frankreich wie in England wird mit unverhohlenem Unbehagen anerkannt, dass hier ein grosser Gedanke der Verwirklichung entgegensieht, wie ihn nur ein grosses Volk in Zeiten weltgeschichtlicher Entscheidung als seine Aufgabe erfasst. Sofort ist in den führenden Staaten die Meinung laut geworden, dass zu analogen gesetzlichen Massnahmen geschritten werden müsse, um den starken Kräftezuwachs, den notwendig unsere Verteidigungsrüstung erfahren müsse, auszugleichen. Der übliche Spott über die krampfhaften Bemühungen Deutschlands, der Wirkung der „Einschliessung" Herr zu werden, ist diesmal ausgeblieben, ebenso wie die leichtherzige Prophezeiung unserer baldigen Zerschmetterung. Man gibt sich keiner Täuschung darüber hin, welch ein grosses noch ungenutztes Kräftereservoir nun vor allem unserer Munitionserzeugung erschlossen werden wird. Man sieht, dass wir uns sehr wohl in der Lage fühlen, mit dem Aufgebot aller Arbeitsfähigen auch der Produktion der ganzen Welt, die dem Ring unserer Feinde zur Verfügung steht, die Stange zu halten. Man sieht, dass trotz all der einzigartigen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, alle Hoffnungen, uns niederzuringen, dahinschwinden, weil unsere Entschlussfähigkeit keine Grenzen hat, und der bewundernde Gedanke „Welch ein Volk!" liegt sichtbar allen Aufforderungen zu verschärfter Gegenwirkung gegen den neuen Organisationsplan zugrunde, der, noch ehe er in all seinen Einzelheiten bekannt wurde, von der ganzen deutschen Nation fast als eine Selbstverständlichkeit mit einmütigem Beifall begrüsst wurde.

Wir möchten aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen sehr bezweifeln, ob unsere Feinde in der Lage sind, uns die Einführung der Zivildienstpflicht, die für uns heute nichts mehr als eine natürliche Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht darstellt, nachzumachen, wenigstens was den Erfolg und die mittelbare militärische Wirkung angeht. In England hat man, wenn auch in einer anderen Form, die die Arbeiter zum Verzicht auf die Arbeitsfreiheit gegenüber dem Munitionsministerium verpflichtete, die Sache schon vorweggenommen. Man wird da nichts weiteres hinzufügen können, denn man hat die Grenze bereits erreicht, in der Arbeitskräfte, männliche wie weibliche, den nicht für Rüstungszwecke arbeitenden Industrien entzogen werden können. Aus den triftigsten, staatswirtschaftlichen Gründen ist England darauf angewiesen, die Erzeugung seiner für die Ausfuhr arbeitenden Industrien nicht stillestehen zu lassen, wie auch nicht einzuschränken, sondern vielmehr nach Kräften zu steigern. Das wird doppelt notwendig in einer Zeit, in der es immer steigende Summen zur Bezahlung für die eingeführten stetig teurer werdenden Lebensmittel und Rohstoffe aus Ausland abzuführen hat. In Frankreich, wo die ganze Reserve an Kämpfern allmählich von der Armee aufgesogen worden ist, spricht einfach der Menschenmangel gegen eine Industrieorganisation von Grösse und Gewicht, ganz abgesehen davon, dass, gleichwie in Italien, die Kohle fehlt. In Deutschland hingegen können, wie ohne weiteres klar ist, noch Hunderttausende, zum Teil aus den Reihen der Unbeschäftigten, zum Teil aus dem Personal der vorübergehend entbehrlichen oder starker Einschränkung fähigen Industrien für die Herstellung des Kampfmaterials, dessen Masse nach dem Willen unserer Gegner den Sieg entscheiden soll, mobil gemacht werden. Aus den Kreisen aller, die es angeht, ist die freudigste und unbedingteste Zustimmung sofort laut geworden, und ohne weiteres hat sich auch hier wieder gezeigt, dass unser Volk in seinem Gesamtcharakter ein viel demokratischeres Volk ist, als unsere Gegner Wort haben wollen. Nach dem, was bisher über das geplante Gesetz bekanntgegeben worden, wird sogar ein eigentlicher Arbeitszwang gar nicht für nötig gehalten. Man erwartet, dass es genüge, wenn die allgemeine staatsbürgerliche Pflicht zur Tätigkeit im Dienste der Kriegführung ausgesprochen ist. Dann werde sich jeder nach Massgabe seiner Kräfte zur freiwilligen Betätigung und Einfügung in den Gesamtorganismus der Arbeit für das Vaterland zur Verfügung stellen. Diese Hoffnung erscheint berechtigt und der eingeschlagene Weg scheint uns vollen Erfolg zu versprechen. Jeder Deutsche weiss heute, dass es gilt, mit grossen Mitteln den grössten Entscheidungen zuzuschreiten und alle Kräfte, aber auch alle, auf das eine und einzige Ziel zu setzen, das uns Hindenburg mit den in Ruhe und mit tiefem Ernst ausgesprochenen Worten bezeichnet hat, dass es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht.

Der schon einige Wochen alte Brief des Marschalls an den Reichskanzler, in dem diese Worte stehen, handelt von der Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit unserer Industriearbeiterschaft durch eine gerechte und ausreichende Fettverteilung zu sichern. Es ist ein Appell an die ausführenden Behörden, die daran gemahnt werden, dass das Volk starke und entschlusskräftige Beamte sehen will, und es ist ein Appell an die Landwirtschaft, die darüber „unterrichtet" wird, dass ihre Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion, sondern auch darin besteht, ihre Produkte, insbesondere das Fett, freiwillig in weitestem Masse dem Verbrauch zuzuführen. Der Brief ist in seiner Deutlichkeit und Entschiedenheit echtester Hindenburg. Der Reichskanzler hat ihn allen Behörden in dringlichen Rundschreiben mitgeteilt. Die Wirkung auf dieser Seite bleibt abzuwarten. Rascheste Abstellung der von der Obersten Heeresleitung schwer empfundenen Missstände wäre die beste Antwort. Leider ist zunächst eine nicht ganz befriedigende Antwort von Seite der Landwirtschaft, gekommen in Gestalt einer papiernen Eingabe an den Reichskanzler, die auf das alte, bis zum Ueberdruss gehörte Lied, die Forderung nach höheren Preisen, hinausläuft. Kein Wunder, dass das selbst konservativen Organen zu weit gegangen ist, und man wird hoffen dürfen, dass der Erfolg des Rundschreibens des Kanzlers sich noch in einer gründlicheren „Unterrichtung" der landwirtschaftlichen Produzenten zeigen wird. Zeigten diese sich weiter entschlossen, Hindenburg an sich vorbeireden zu lassen, so würde niemand im Volke zweifeln, auf wessen Seite das Recht, auf wessen das Unrecht ist. Auf den Ruf des grössten unserer Heerführer: nicht allein den eigenen Arm, sondern ebenso das Produkt der eigenen Wirtschaft der Munitionserzeugung zuzuführen — auch das ist Zivildienstpflicht!

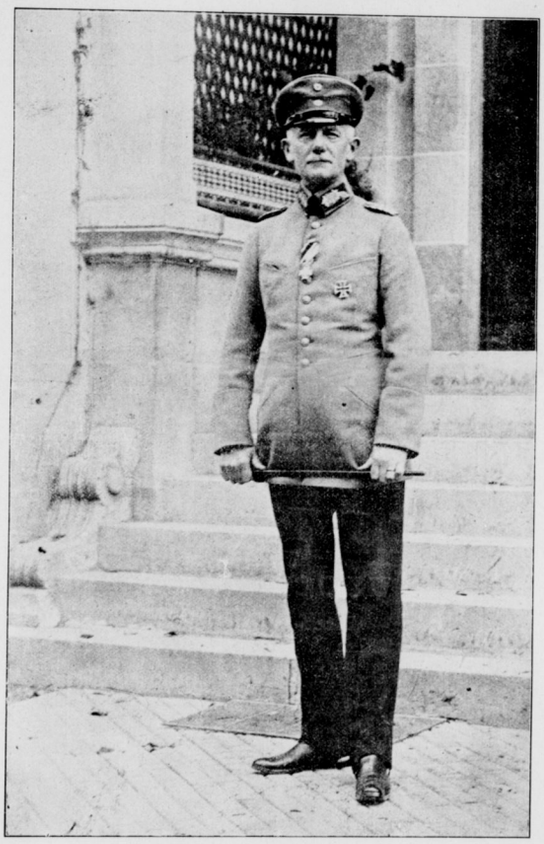
Der grössere Teil des deutschen Volkes hat auch kein Verständnis dafür, dass einige Parteien des preussischen Landtags es für zweckmässig gehalten haben, im Anschluss an die Festtage in Warschau und Lublin eine Polendebatte in der Prinz-Albrecht-Strasse zu veranstalten. Die durch eine solche Kundgebung recht laut und eilig in die Welt gerufene Besorgnis, es könnte den im deutschen Reichsverbande bleibenden Polen künftig zu gut gehen, muss doch den russenfreundlich Gebliebenen unter den Polen und namentlich den Verfassern des Protestkommuniqués der russischen Regierung, das die Schaffung eines Gesamtpolens verheisst, einiges Vergnügen machen. Sie könnte manche Leute ganz vergessen machen, dass diese russischen Protestschriftstücke, die so grosser Feierlichkeit verlautbart wurden, der schauerlichste Widersinn sind, mit dem Völker jemals zum Narren gehalten wurden. Es gehört die ganze russisch-nationale Schönrederei und salbungsvolle Heuchelei dazu, um die Aktion der Mittelmächte als Vertragsverletzung und Völkerrechtsbruch zu brandmarken und in demselben Atem die Schaffung eines Gross-Polens aus dem ihnen durch Eroberung zu entreissenden Gebieten zu versprechen! Es ist den Russen von deutsch-offiziöser Seite schon gesagt worden, dass die ganze Behandlung Kongress-Polens durch Russland seit den Wiener Beschlüssen eine einzige, fortdauernde Vertragsverletzung gewesen ist. Russland hat sich den Polen genau wie den Finnländern gegenüber als Meister in der Verletzung und Zerreissung feierlich beschworener Verträge gezeigt, und man geht jetzt in den westlichen Ländern über diese Dinge, die ein „Pudendum" der Allianz mit dem völkerbeglückenden Zaren bilden, sehr eilfertig hinweg. Die Presse ist einigermassen verlegen über die „polnische Selbstverwaltung unter russischem Zepter", und nur die Regierungen der Freiheitbringer Briand und Asquith versichern dienstfertig ihre Zustimmung. Für sie handelt es sich aber mehr darum, ihren Dank abzustatten für die russische Erklärung gegen die Sonderfriedensgerüchte und die schönen Reden des Kriegs- und des Marineministers in der wiedereröffneten Duma. Sie verkündeten auf das Geheiss von London und Paris her die absolute Siegeszuversicht der Entente und die baldige Bestrafung der mitteleuropäischen Mächte. Es scheint aber nach dem, was auf Umwegen über die Reden aus dem Hause bekanntgeworden ist, nicht gerade, als ob auch die Masse des russischen Volkes von wachsendem Vertrauen zu der eigenen Leitung und von zunehmender Lust zur endlosen Verlängerung des Krieges, wie sie von London her gepredigt wird, erfüllt wäre.

Die Kriegslage gibt ja auch den Zweiflern recht. Die selbstbewussten Minister konnten ihre weitgehenden Prophezeiungen durch keine Tatsachen erhärten. Sie hätten, wenn sie die Kriegskarte ehrlich erläutern wollten, darauf hinweisen müssen, dass vor allem an ihrer eigenen Front seit Monaten nichts passiert ist, das ihrer überheblichen Siegesgeste auch nur einen Schein von Berechtigung geben könnte. Sie hätten sagen müssen, dass der Feldzug der Mittelmächte und ihrer Verbündeten gegen Rumänien stetig neue Erfolge zeitigt. Tatsächlich ist, trotzdem verhältnismässig wenig Einzelheiten gemeldet werden, ersichtlich, dass die Operationen unserer Armeen in der Moldau und Walachei ihrem Ziele immer näher kommen, und die Zahl der 20 000 gefangenen Rumänen legt Zeugnis ab von der erheblichen Schwächung des Gegners. Auch die russischen Angriffe an der Moldaugrenze haben mit einem glatten Misserfolg geendet, und die Armeen Sacharows in der Dobrudscha sind trotz grosser Reklame, die ihm vorausging, überhaupt noch nicht zu umfassenderen Kämpfen gekommen. Auf dem Balkan hat einzig die Armee Sarrail mit der Einnahme von Monastir einen Erfolg erzielt, dessen Nachhaltigkeit sich aber erst noch zu erweisen hat. Die Italiener stehen bei ihrem von Asquith gepriesenen angeblichen stürmischen Vormarsch auf Triest immer noch auf dem alten Flecke. Das wunderlichste aber ist, dass alle diese Operationen auch unsere Widerstandsfähigkeit im Westen nicht lähmen und nicht vermindern konnten. Die Engländer haben in der zweiten Novemberwoche ihre Durchbruchsbemühungen im grössten Massstabe an der Ancre erneuert, mit ungeheurem Materialaufwand und gewaltigen Verlusten. Der Effekt war wieder: kleine taktische Erfolge, strategischer Misserfolg. Wieder bewährte sich Hindenburgs Wort: „Durch kommen sie nicht!" Die Kriegslage ist so, dass in der öffentlichen Meinung der Neutralen die Unmöglichkeit für die Entente anerkannt ist, die Front unserer und der verbündeten Truppen wirksam zu erschüttern und uns den Sieg zu entreissen. — Diese Erkenntnis ist der tiefere Sinn der Gerüchte über Friedensvermittlung, die wiederum auftauchen. Sie haben sich, soweit sie Tatsachen behaupteten, als unbegründet herausgestellt. Die Vorbedingung des Friedens ist eben, dass jene Erkenntnis der Neutralen sich auch unseren Feinden mitteilt. Wir werden, Volk und Heer in einmütiger Hingabe zusammengekettet, in Angriff und Verteidigung unsere Kraft aufs höchste steigernd, bis zu diesem Tage ausharren. Für das Trommelfeuer russischer Ministerreden haben wir nur ein Achselzucken.

* * *

Ueber das in den letzten Tagen ein wenig schwankende Befinden des Kaisers Franz Josef hören wir bei Schluss des Blattes von unserem Wiener Korrespondenten:

Der Kaiser hat, wie ich von allerzuständigster Seite erfahre, die Nacht gut verbracht. Am Morgen ist der Kaiser vollkommen fieberfrei gewesen hat mit Appetit gefrühstückt und nach Tisch eine Zigarre geraucht. Das allgemeine Befinden ist wesentlich besser als gestern.



Generalleutnant v. Höppner,
der neue Kommandeur der Luftstreitkräfte.
Alex Krajewski, Hofphot.